

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 22. Februar 1978
am Donnerstag, dem 23. Februar 1978

	Seite
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes	14, 17 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	15, 17 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	5, 18 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	2, 20 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	8, 20 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	10, 21 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	2, 24 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung	4, 24 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	10, 26 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	11, 27 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen	12, 28 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	14, 32 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen	3, 32 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie	4, 32 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft	2, 33 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit	33 *)

A. Mündliche Fragen gemäß I. der Richtlinien

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

1. Abgeordneter
Sieglerschmidt
(SPD) Kann die Bundesregierung nunmehr mit hinreichender Sicherheit den voraussichtlichen Termin für die Vorlage des seit geraumer Zeit angekündigten Entwurfs eines Gesetzes über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen nennen?
2. Abgeordneter
Sieglerschmidt
(SPD) Welche Bedeutung kommt einem Gesetz über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen nach Auffassung der Bundesregierung zu, insbesondere auch für den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zu einschlägigen europäischen Übereinkommen, zum Beispiel dem Übereinkommen über die internationale Anerkennung von Strafurteilen vom 28. Mai 1970?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

3. Abgeordneter
Löffler
(SPD) Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, ob durch die Ratifizierung des Internationalen Abkommens vom 3. März 1973 über den internationalen Handel mit gefährdeten Arten freilebender Tiere und Pflanzen der Import von Seehundfellen aus Kanada, die durch grausame Tötung von Robben gewonnen werden, zurückgegangen ist, und wenn nicht, welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu treffen, um gegen die inhumane Tötung von Seehundbabies zu protestieren?
4. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, im Hinblick auf die über dem Bundesgebiet vorherrschenden meteorologischen Bedingungen die im Ausland sowie im Freistaat Bayern durchgeführten Maßnahmen zur Hagelabwehr in der Landwirtschaft durch Einsatz von radargeführten Flugzeugen, welche entstehende Hagelwolken mit Kondensationskernen impfen, durch eigene Vorstellungen und Maßnahmen zu unterstützen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

5. Abgeordneter
Thüsing
(SPD) Kann die Bundesregierung Berichte bestätigen, wonach die durch die Beendigung von Ausbildungsverhältnissen freiwerdende Zahl an Ausbildungsplätzen unter denen des Vorjahrs liegt, wodurch eine zusätzliche Verschärfung der Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt zu befürchten ist?
6. Abgeordneter
Thüsing
(SPD) Welche Maßnahmen will die Bundesregierung ergreifen, um die sich verschärfende Situation der ausländischen Jugendlichen zu verbessern, von denen ein großer Teil wegen fehlender Schulabschlüsse und fehlender Motivierung durch die Elternhäuser in kein Ausbildungsverhältnis eintritt und der angesichts der wirtschaftlichen Lage auch keinen Arbeitsplatz findet und in Gefahr steht, die Basis eines neuen Subproletariats zu werden?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
innerdeutsche Beziehungen**

7. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, das bayerische Zonenrandgebiet abzukoppeln vom „besonderen Rang einer weiterhin notwendigen Förderung in unmittelbarer Nähe der Grenze zur DDR“ (Staatssekretär Höhmann, 10. Oktober 1977, Lübeck), und wenn nein, wie gedenkt die Bundesregierung den immer schlimmer werdenden wirtschaftlichen und psychologischen Auswirkungen der hermetischen Abriegelung gegen Osten für die unmittelbaren Grenzräume Rechnung zu tragen?
8. Abgeordneter
Baron von Wrangel
(CDU/CSU)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Existenz, das Anwachsen und den Organisationsgrad einer SED-internen Opposition in der DDR, und welche politischen Schlußfolgerungen zieht sie daraus?
9. Abgeordneter
Baron von Wrangel
(CDU/CSU)
- Hat sich die Bundesregierung bereits eine Meinung über die Authentizität des im „Spiegel“ abgedruckten Manifests einer SED-internen Opposition gebildet, und welchen politischen Stellenwert mißt sie dem Manifest gegebenenfalls zu?
10. Abgeordneter
Lintner
(CDU/CSU)
- Ist die Tatsache, daß in dem Manifest einer SED-internen Opposition der Lösung der nationalen Frage ein überaus hoher Stellenwert eingeräumt wird, für die Bundesregierung ein Anlaß, dieses Thema künftig zu einem zentralen Punkt ihrer Ost- und Deutschlandpolitik aber auch ihrer gesamten Außenpolitik zu machen?
11. Abgeordneter
Kunz
(Berlin)
(CDU/CSU)
- Betrachtet die Bundesregierung das im „Spiegel“ abgedruckte Manifest einer SED-internen Opposition als einen wichtigen Beitrag zur Darstellung der Lage der Nation im geteilten Deutschland?
12. Abgeordneter
Kunz
(Berlin)
(CDU/CSU)
- Stimmt die Bundesregierung der im Manifest einer SED-internen Opposition geäußerten Ansicht zu, das ungelöste nationale Problem Deutschlands bleibe für den Weltfrieden als ein gefährlicher Spannungsherd trotz aller Entspannung auch weiterhin bestehen, oder sieht die Bundesregierung verstärkte Bemühungen um eine befriedigende Lösung der nationalen Frage als für die Entspannungspolitik hinderlich an?
13. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU)
- Welche Stellungnahme bezieht die Bundesregierung zu den Schikanen, die darin zum Ausdruck kommen, daß es in letzter Zeit mehrfach vorgekommen ist, daß im innerdeutschen Reise- und Postverkehr Schallplatten mit Volks- und Weihnachtsliedern des Sängers Heino von den DDR-Behörden beschlagnahmt und einbehalten wurden und die in den Merkblättern des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen angegebene Möglichkeit, von den DDR-Behörden beanstandete Schallplatten am Grenzübergang zu deponieren und bei der Rückreise wieder mitzunehmen, nicht eingeräumt wurde?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Forschung und Technologie**

14. Abgeordneter
Pfeffermann
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, tausend Muster-Solarhäuser für private Bauherren über den Bundesforschungsminister direkt zu fördern, um die Markteinführung und technische Entwicklung zu erleichtern?
15. Abgeordneter
Pfeffermann
(CDU/CSU) Welche Mittel wird die Bundesregierung in den nächsten Jahren für die Einführung der Solarenergie in öffentlichen Gebäuden bereitstellen, und wie werden bei der Auftragsvergabe kleine und mittlere Unternehmen eingeschaltet?
16. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD) Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen, um die Option für einen gasgekühlten Brüter aufrechtzuerhalten, und welche Vereinbarungen sind diesbezüglich insbesondere mit den USA getroffen worden?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Arbeit und Sozialordnung**

17. Abgeordneter
Fiebig
(SPD) Wann gedenkt die Bundesregierung, beim Bundesamt für den Zivildienst die Beachtung des einmütig erklärten Willens des 7. Deutschen Bundestages zur Gleichberechtigung aller therapeutischen Richtungen durchzusetzen, damit die Kosten für Arzneimittel der besonderen therapeutischen Richtungen bei der Gewährung von Beihilfen erstattet werden?
18. Abgeordneter
Müller
(Berlin)
(CDU/CSU) Was veranlaßt neuerdings die Bundesregierung — wie z. B. in den „sozialpolitischen Informationen“ vom 14. Oktober 1977 oder den Bundeskanzler in seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag am 24. Januar 1978 —, das Rentenniveau nach einem Altersruhegeld, dem 45 Versicherungsjahre zugrundeliegen, und an dem durchschnittlichen Nettoarbeitsentgelt zu bemessen, anstatt wie bisher nach der in § 1272 Abs. 2 RVO bzw. § 49 Abs. 2 AVG vorgeschriebenen Formel, wonach das Rentenniveau „an einem Altersruhegeld, dem 40 anrechnungsfähige Versicherungsjahre und eine für den Versicherten maßgebende Bemessungsgrundlage von 100 vom 100 (eines ganz bestimmten durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelts) zugrundeliegen,“ gemessen wird?
19. Abgeordneter
Müller
(Berlin)
(CDU/CSU) Um wieviel ist das durchschnittliche Bruttoarbeitsentgelt aller Versicherten seit 1957 — das ja Ausgangsbasis für die Rentenberechnung ist — gestiegen, und wie sind im gleichen Zeitraum bis 1977 die Renten gestiegen?
20. Abgeordneter
Horstmeier
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß nach den Bestimmungen des Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetzes vom 27. Juni 1977 Ehefrauen von Nebenerwerbslandwirten nicht mehr in der Familienhilfe der Krankenversicherung des Ehemanns einbezogen sind, und wenn ja, wie wird die Bundesregierung die unterschiedliche Behandlung von Voll- und Nebenerwerbsbetrieben bezüglich des gemeinsam erwirtschafteten Einkommens in Zukunft regeln?

21. Abgeordneter
Rühe
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß Bundeskanzler Schmidt am 8. Februar 1978 im Hamburger Congressentrum erklärt hat, „Es geht sogar soweit, daß die Rentner alle ein Sparbuch unterhalten. Und die sparen nicht nur für sich — das haben sie nicht nötig —, sondern für die Enkel zu Weihnachten“, und wenn ja, wie beurteilt die Bundesregierung diese Äußerung, und wie läßt sich dies rechtfertigen angesichts der tatsächlich sehr beschränkten Einkommenssituation vieler Rentner?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

22. Abgeordneter
Becker
(Nienberge)
(SPD)
- Trifft es zu, daß sich nach Berechnungen des Bundesinnenministeriums die jährlichen Mindestkosten eines zusätzlichen Arbeitsplatzes für einen vollbeschäftigten Beamten auf 53 000 DM belaufen, und wenn ja, wie setzt sich dieser Betrag zusammen, und welche Bestandteile sind dort mit eingerechnet?
23. Abgeordneter
Becker
(Nienberge)
(SPD)
- Wird die Bundesregierung in ihren Berechnungen gegebenenfalls künftig nur solche Bestandteile aufnehmen, die einen echten Vergleich zwischen den Gehältern im öffentlichen Dienst und in der freien Wirtschaft ermöglichen?
24. Abgeordneter
Ueberhorst
(SPD)
- Was versteht die Bundesregierung mit der in Teilziffer 40 in der Zweiten Fortschreibung des Energieprogramms enthaltenen Formulierung, nach der angestrebt werden soll, „daß auch die Hochtemperaturreaktoren und Demonstrationsvorhaben für Brutreaktoren vom Gesetzgeber grundsätzlich als genehmigungsfähig angesehen werden“?
25. Abgeordneter
Brandt
(Grolsheim)
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß neben der bisherigen Förderung des Versehrtenports — der überwiegende Teil der Betroffenen sind Kriegversehrte — auch in anderen Behindertenbereichen eine verstärkte Förderung des Sports erforderlich ist, und welche weiteren Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung gegebenenfalls einzuleiten?
26. Abgeordneter
Brandt
(Grolsheim)
(SPD)
- Welche Bemühungen hat die Bundesregierung bisher unternommen, um im Zusammenwirken mit dem Deutschen Behindertensportverband neue Förderungsmöglichkeiten für den Behindertensport zu erschließen?
27. Abgeordneter
Fiebig
(SPD)
- Welche Maßnahmen hält die Bundesregierung für erforderlich, um sicherzustellen, daß bei Gewährung von Beihilfen durch den Bund für Arzneimittel der besonderen Heilverfahren die Grundsätze des Arzneimittelgesetzes, insbesondere von § 25 Abs. 6 letzter Satz, tatsächlich berücksichtigt werden und eventuelle Listen nicht vergütungsfähiger Arzneimittel unter diesen Gesichtspunkten überprüft werden?
28. Abgeordnete
Frau Eilers
(Bielefeld)
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, die geltenden Beihilfevorschriften an die Leistungen des Strafrechtsreform-Ergänzungsgesetzes anzupassen, damit Leistungen in allen Fällen nichtrechtswidriger Schwangerschaftsabbrüche künftig auch beihilfefähig sind?

29. Abgeordnete
Frau Eilers
(Bielefeld)
(SPD) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß eine solche Novellierung der Beihilfevorschriften rückwirkend zum 1. Dezember 1975, also zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Strafrechtsreform-Ergänzungsgesetzes, erfolgen sollte, um finanzielle Nachteile der Beihilfeberechtigten zu vermeiden?
30. Abgeordneter
Dr. Schöfberger
(SPD) Ist — wie die bayerische Staatsregierung meint — für ein vereinsrechtliches Verbot der Wehrsportgruppe Hoffmann spätestens seit dem Tübinger Vorfall im Dezember 1976 nach § 3 Abs. 2 Nr. 2 des Vereinsgesetzes der Bundesinnenminister zuständig, weil sich die Tätigkeit der Gruppe über das Gebiet eines Landes hinaus erstreckt?
31. Abgeordneter
Dr. Schöfberger
(SPD) Hält die Bundesregierung gegebenenfalls die Wehrsportgruppe Hoffmann für unbedenklich, oder was hat sie inzwischen unternommen, um das Verbotsverfahren einzuleiten oder durchzuführen?
32. Abgeordneter
Dr. Jens
(SPD) Ist es nach dem Erkenntnisstand der Bundesregierung richtig, daß die Bundesrepublik Deutschland politisch Verfolgten aus südamerikanischen Ländern wesentlich seltener politisches Asyl gewährt als andere vergleichbare westeuropäische Länder im Verhältnis zur Bevölkerung, und was gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls zu tun, um diese Praxis zu ändern?
33. Abgeordneter
Schirmer
(SPD) Beabsichtigt die Bundesregierung — wie u. a. von den Tageszeitungen Frankfurter Rundschau und Die Welt am 8. Februar 1978 berichtet wurde —, im Bundesgrenzschutz einen „Skizug für Mädchen“ einzurichten, und welche Ziele sollen damit gegebenenfalls erreicht werden?
34. Abgeordneter
Schirmer
(SPD) Welche Voraussetzungen bzw. Vorbereitungen hat die Bundesregierung gegebenenfalls geschaffen oder strebt sie zu welchem Zeitpunkt an, um die in den bezeichneten Berichten erkennbar gewordenen Absichten zu realisieren?
35. Abgeordneter
Marschall
(SPD) Beurteilt die Bundesregierung die beim Störfall im Atomkraftwerk Ohu/Landshut am 8. Februar 1978 aufgetretenen technischen Mängel als vermeidbar, bzw. ergeben sich aus diesem Vorgang rechtliche Konsequenzen?
36. Abgeordneter
Marschall
(SPD) Geht die Bundesregierung davon aus, daß auch in anderen Bundesländern die in Ohu festgestellten Verzögerungen der Information von Behörden und Öffentlichkeit, vor allem durch den Kraftwerksbetreiber, auf Grund der geltenden Regelungen möglich sind, bzw. welche Möglichkeiten bestehen seitens der Bundesregierung, diesen Mangel gegebenenfalls abzustellen?
37. Abgeordneter
Graf Huyn
(CDU/CSU) Besteht die Absicht, der DDR anläßlich der vor dem Abschluß stehenden Verhandlungen der gemischten Grenzkommission mehr zu geben als nur eine Abschlußdokumentation mit einer Grenzkarte und einer Grenzbeschreibung?

38. Abgeordneter
Dr. Becher
(Pullach)
(CDU/CSU)
- Liegen dem Bundesinnenministerium Anzeichen dafür vor, daß Jugendorganisationen politischer Parteien und anderer Organisationen der Bundesrepublik Deutschland von Agenten und planmäßig eingeschleusten kommunistischen Meinungsträgern unterwandert werden?
39. Abgeordneter
Dr. Becher
(Pullach)
(CDU/CSU)
- Wie ordnet der Sicherheitsbericht des Bundesinnenministeriums Jugendorganisationen ein, bei deren Kongressen in Gegenwart offizieller Vertreter kommunistischer Länder und Parteien, ferner in Gegenwart von Delegationen der FdJ und der PLO die „Radikalisierung des Reformismus als notwendiger Prozeß bei der Herausbildung des Klassenbewußtseins“ gefordert und mit erhobenen Fäusten gemeinsam die Internationale gesungen wird?
40. Abgeordneter
Dr. van Aerssen
(CDU/CSU)
- Sind nach dem Erkenntnisstand der Bundesregierung Befürchtungen, wie sie Landwirtschaftsminister Riemer geäußert haben soll, begründet, der Atomreaktor in Kalkar vom Typ Schneller Brüter könne „als Milliardenruine“ unvollendet bleiben, und wenn ja, welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus?
41. Abgeordneter
Dr. van Aerssen
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung – wenn derartige Befürchtungen unbegründet sind – durch entsprechende Informationen und Hinweise dafür Sorge getragen, daß derartige Befürchtungen und entsprechende Äußerungen, die sowohl in der Bundesrepublik Deutschland als auch in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft nur zu weiteren Belastungen und Verunsicherungen führen, möglichst zerstreut bzw. verhindert werden?
42. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß das Fluglärmgesetz von 1971 nur in seinem die Baubeschränkungen in den Lärmschutzzonen betreffenden Teilen funktioniert, während die Erstattung von Aufwendungen für bauliche Schallschutzmaßnahmen nach § 9 vielleicht bei privaten Flugplatzhaltern, nicht aber bei Militärflugplätzen funktioniert, und wenn ja, kann die Bundesregierung dies angesichts der einschneidenden Baubeschränkungen in den Lärmschutzzonen I und II von Flughäfen verantworten?
43. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU)
- Wie erklärt sich die Bundesregierung den Unterschied, je nachdem ob § 12 Abs. 1 oder 2 des Fluglärmgesetzes zur Anwendung kommt, d. h., daß private Flugplatzhalter beträchtliche Entschädigungszahlungen leisten müssen, wie z. B. beim Flughafen Düsseldorf, während bei Militärflugplätzen der Staat so große bürokratische Hürden aufbaut, daß z. B. beim NATO-Flugplatz Gütersloh immer noch kein einziger Bürger eine Erstattung von Aufwendungen erhalten hat?
44. Abgeordneter
Dr. Langguth
(CDU/CSU)
- Trifft es nach dem Wissensstand der Bundesregierung zu, daß – wie in der Presse gemeldet – „Säuberungen“ innerhalb der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) vorgenommen wurden, und wenn ja, in welchem Umfang und wo fanden diese „Säuberungen“ statt?

45. Abgeordneter
Dr. Langguth
(CDU/CSU) Verfügt die Bundesregierung über Erkenntnisse darüber, ob wegen angeblicher Sympathien der ausgeschlossenen Mitglieder der DKP mit den Thesen des sogenannten „Eurokommunismus“ die Parteiführung der KPdSU Druck auf die DKP ausübte?
46. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU) Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, daß den Deutschen, die bei Eintreffen in der Bundesrepublik Deutschland noch nicht aus der polnischen Staatsangehörigkeit entlassen worden sind, die Entlassung aus der polnischen Staatsangehörigkeit ermöglicht wird, nachdem das Deutsche Rote Kreuz in einer Verlautbarung bekanntgeben mußte, „Anträge auf Entlassung aus der polnischen Staatsangehörigkeit sind zeitaufwendig und wurden bisher in der Regel ablehnend beschieden“?
47. Abgeordneter
Josten
(CDU/CSU) In welcher Weise unterstützt die Bundesregierung die Öffentlichkeitsarbeit, die von der Deutschen Umwelt-Aktion geleistet wird?
48. Abgeordneter
Josten
(CDU/CSU) Wieweit trägt die Bundesregierung dazu bei, daß die Jugend im Bundesgebiet durch die Deutsche Umwelt-Aktion zu einem größeren Verständnis unserer Umweltprobleme erzogen wird?
49. Abgeordneter
Hauser
(Bonn-Bad Godesberg)
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß in zunehmender Zahl Angehörige aus dem öffentlichen Dienst des Bundes, der Länder sowie der Kommunen gemeinsam mit der DKP in Solidaritätserklärungen das Fernhalten von Verfassungsfeinden vom öffentlichen Dienst als „Berufsverbotsmaßnahmen“ diffamieren und diese mit Verfassung und Beamtengesetz übereinstimmende Einstellungspraxis für den öffentlichen Dienst als „Verfassungsbruch“ qualifizieren?
50. Abgeordneter
Hauser
(Bonn-Bad Godesberg)
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung angesichts dieser Entwicklung der Meinung, daß alle gebotenen Möglichkeiten genutzt worden sind, um den Bediensteten die verfassungs- und beamtenrechtlichen Voraussetzungen des öffentlichen Dienstes in zureichender Weise zu erläutern, und welche rechtlichen Schritte wird sie gegen die Bediensteten des Bundes einleiten, die die Nichteinstellung von Verfassungsfeinden in den öffentlichen Dienst öffentlich als „Verfassungsbruch“ bezeichnen?
51. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU) Bis wann ist mit einer Straffung des Asylgewährungsverfahrens angesichts der Tatsache zu rechnen, daß lediglich zwei bis fünf Prozent der Bewerber aus politischen Motiven Asyl begehren, während die restlichen 95 bis 98 Prozent erst nach einem langwierigen, durchschnittlich fünf bis sieben Jahre dauernden und Sozialhilfe verschlingenden, Verfahrensweg abgewiesen werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

52. Abgeordnete
Frau Will-Feld
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, die gesetzlichen Vorschriften der Umsatzsteuer, die vor allem private Heime betreffen, zu ändern, und wenn ja, in welcher Weise wird die Änderung erwogen?

53. Abgeordneter
Dr. Wittmann
(München)
(CDU/CSU) Mit welcher Begründung wird von privaten und gemeinnützigen Alten- und Pflegeheimen zu Lasten der Hausbewohner Mehrwertsteuer und seit wann erhoben?
54. Abgeordneter
Peiter
(SPD) Darf ein Bundesvermögensamt wegen Änderung des Planungskonzepts bei der Rückenteignung eines vor zehn Jahren enteigneten Grundstücks an den früheren Eigentümer heute den doppelten Preis verlangen, und wenn nein, welche Maßnahmen kann die Bundesregierung ergreifen?
55. Abgeordnete
Frau
Dr. Hartenstein
(SPD) Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um zu verhindern, daß die Finanzämter unter Berufung auf den § 52 der neuen Abgabenordnung zahlreichen Vereinigungen und Bürgerinitiativen, die sich für Belange des Umweltschutzes einsetzen, den Status der Gemeinnützigkeit entziehen und dies zum Teil rückwirkend bis 1970?
56. Abgeordnete
Frau
Dr. Hartenstein
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, durch entsprechende Richtlinien oder gegebenenfalls eine Änderung des Textes sicherzustellen, daß die Abgabenordnung nicht als Waffe gegen politisch eventuell mißliebige Bürgerinitiativen gebraucht werden kann und daß dem § 52 Abs. 2, der „die Förderung des Umwelt-, Landschafts- und Denkmalschutzes sowie des Heimatgedankens“ insbesondere anzuerkennen empfiehlt, von seiten der Finanzämter tatsächlich Rechnung getragen wird?
57. Abgeordneter
Niegel
(CDU/CSU) Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem Gutachten der Kommission zur Einkommenbesteuerung der deutschen Landwirtschaft, und wie hoch berechnet sie die zusätzliche Belastung der Landwirtschaft nach den beiden alternativen Vorschlägen, falls sie in dieser Form verwirklicht würden?
58. Abgeordneter
Collet
(SPD) Teilt die Bundesregierung meine Meinung, daß die deutschen zivilen Arbeitnehmer bei den Stationierungstreitkräften der NATO-Verbündeten im Rahmen des westlichen Verteidigungsbündnisses in gleicher Weise eine Tätigkeit im deutschen öffentlichen Interesse ausüben wie ihre Kollegen bei der Bundeswehr, und wenn ja, welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus für ihr Verhalten?
59. Abgeordneter
Collet
(SPD) Anerkennt die Bundesregierung eine Fürsorgepflicht des Bundes für die Zivilbeschäftigten bei den Stationierungstreitkräften, und wenn ja, sieht sie Unterschiede zwischen dieser Fürsorgepflicht einerseits und ihrer Fürsorgepflicht für die Zivilbeschäftigten bei der Bundeswehr andererseits?
60. Abgeordneter
Ey
(CDU/CSU) Wann gedenkt die Bundesregierung die Neuregelung der Mehrwertbesteuerung für die mehrbetriebliche Maschinennutzung in der Landwirtschaft vorzunehmen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

61. Abgeordneter
Lenzer
(CDU/CSU) Wie will die Bundesregierung sicherstellen, daß 1985 mindestens 24000 MW Kernkraftwerke betriebsbereit sind, wenn nicht im Jahr 1978 mit dem Bau von vier Kernkraftwerken bzw. dem Weiterbau in Wyhl und Brokdorf und zwei neuen Kernkraftwerken begonnen wird?
62. Abgeordneter
Lenzer
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß die Bundesregierung heute noch keine Vorsorge für den Bau einer zunehmenden Zahl von Kernkraftwerken in den achtziger Jahren trifft, obwohl die Zahl der „Informationsanlage“ aus der Fortschreibung des Energieprogramms einen steigenden Beitrag der Kernenergie zur Strombedarfsdeckung dokumentieren, und wenn ja, aus welchen Gründen verhält sie sich so?
63. Abgeordneter
Dr. Weber
(Köln)
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, welche Erdölraffinerien im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland ihre Produktionskapazität ganz oder teilweise stilllegen wollen und wieviel Arbeitsplätze davon betroffen werden, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?
64. Abgeordneter
Dr. Weber
(Köln)
(SPD) Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, solche Stilllegungen zu verhindern?
65. Abgeordneter
Conrad
(Riegelsberg)
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung das neueste Umstrukturierungs- und Rationalisierungsprogramm der luxemburgischen ARBED, wonach bis 1983 8 800 Arbeitsplätze im Saarland abgebaut werden sollen, bekannt, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?
66. Abgeordneter
Conrad
(Riegelsberg)
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, sich an der Bewältigung der Krise der saarländischen Eisen- und Stahlindustrie durch ein Sonderhilfsprogramm des Bundes, das im besonderen der Schaffung von Ersatz- bzw. neuen Arbeitsplätzen gilt, zu beteiligen, und wenn ja, in welchem finanziellen Rahmen und mit welcher Zielsetzung?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

67. Abgeordneter
Berger
(Lahnstein)
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung mit mir der Auffassung, daß im Interesse eines geordneten Dienstbetriebs und auch des Zusammenhalts der Bundeswehr auf den sogenannten Verwaltungskostenbeitrag für die freiwilligen Teilnehmer an der Truppenverpflegung, der außerdem, weil er unter verschiedenen Voraussetzungen in unterschiedlicher Höhe erhoben wird, einen großen Verwaltungsaufwand erfordert, unabhängig von anderen Regelungen in anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes verzichtet werden soll, und ist die Bundesregierung bereit, dazu gegenüber dem Parlament bzw. dem Haushaltsausschuß in geeigneter Weise die Initiative zu ergreifen?

68. Abgeordneter
Dr. Enders
(SPD) Ist der Bundesregierung die Zahl der Wehrpflichtigen bekannt, die noch einen Restgrundwehrdienst abzuleisten haben, und welche Bedeutung mißt sie der kurzfristigen Einberufung dieser bereits ausgebildeten Männer für die Verteidigungsbereitschaft der Bundeswehr zu?
69. Abgeordneter
Dr. Enders
(SPD) Hält es die Bundesregierung im Hinblick auf die Wehrgerechtigkeit für vertretbar, daß den Wehrpflichtigen, die nach langjährigem Vollzugsdienst beim Bundesgrenzschutz aus unabwendbaren Gründen vor Beendigung der Verpflichtungszeit auscheiden müssen, die geleistete Dienstzeit unter 12 Monaten (seit 1977 unter 18 Monaten) nicht auf die Wehrzeit angerechnet wird, und wenn nein, welche Folgerungen zieht sie daraus?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

70. Abgeordneter
Amling
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, in welchem Umfang in den Betrieben des Fleischerhandwerks und des Einzelhandels die Aktion Fettkennzeichnung der Wurst eingehalten wird, und wenn ja, wird auf Grund der Erfahrung diese freiwillige Aktion für ausreichend gehalten, oder hält die Bundesregierung aus gesundheitspolitischen Gründen den Erlaß entsprechender Vorschriften für erforderlich?
71. Abgeordneter
Hasinger
(CDU/CSU) Weshalb ist das Nichtraucherchutzprogramm — entgegen einer Antwort des Staatssekretärs im Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit vom 24. November 1977 — immer noch nicht verabschiedet?
72. Abgeordneter
Hasinger
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, der Anregung des Verbands der niedergelassenen Ärzte Deutschlands (NAV) zu folgen und den Ministerrat der Europäischen Gemeinschaft aufzufordern, allen Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft zu empfehlen, die in den verschiedenen Ländern wie in der Bundesrepublik Deutschland, Niederlande, Dänemark und Großbritannien bereits bestehenden Weiterbildungen in Allgemeinmedizin gegenseitig anzuerkennen und eine dementsprechende Auslegung des Artikels 8 der EG-Richtlinien 75/362/CEE vom 16. Juni 1976 solange vorzunehmen, bis entsprechende Mindestkriterien für die allgemeinärztliche Weiterbildung von der Kommission der Europäischen Gemeinschaft dem Ministerrat der Gemeinschaft zur Aufnahme in die obengenannte Richtlinie empfohlen werden?
73. Abgeordneter
Dr. Hammans
(CDU/CSU) Welche Konsequenzen hat die Bundesregierung aus dem Urteil des Landgerichts München vom 21. Dezember 1977 gezogen, in dem der Kausalzusammenhang zwischen der Erkrankung der Klägerin und der Einatmung von Ausgasungen pentachlorphenolhaltiger Holzschutzmittel in Wohnräumen bejaht worden ist?

74. Abgeordnete
Frau
Dr. Martiny-
Glotz
(SPD) Liegen der Bundesregierung statistische Angaben darüber vor, in welcher Höhe sich der Umsatz von Waffen, Scheinwaffen, Spielzeugwaffen und Kriegsspielzeug im Weihnachtsgeschäft 1977 bewegt hat?
75. Abgeordnete
Frau
Dr. Martiny-
Glotz
(SPD) Verfügt die Bundesregierung über Erkenntnisse, welchen Anteil Waffen, Scheinwaffen, Spielzeugwaffen und Kriegsspielzeug am Umsatz für Spielzeug generell und insbesondere zu Weihnachten haben, und welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um rechtzeitig vor dem Weihnachtsfest des Jahrs 1978 die Herstellung und den Vertrieb dieser Art von Spielzeug zu unterbinden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

76. Abgeordneter
Kiechle
(CDU/CSU) Welche Maßnahmen oder Verhandlungen hat die Bundesregierung bisher zu dem Zweck eingeleitet, die von der Republik Österreich geplante Straßenbenutzungsgebühr zu verhindern bzw. zu kompensieren?
77. Abgeordneter
Kiechle
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß die von Österreich geplante Straßenbenutzungsgebühr allein für die bayerische Milchwirtschaft eine Mehrbelastung von ca. 20 Millionen DM bedeuten würde und daß in diesem Fall für den betroffenen Erzeugerbereich eine Erlösminderung von 2,7 Pf. pro kg Milch befürchtet werden muß, und wenn ja, welche Folgen wird die Bundesregierung daraus ziehen?
78. Abgeordneter
Dr. Klepsch
(CDU/CSU) Was hat die Bundesregierung unternommen, die als Straßenverkehrsbeitrag deklarierte Lkw-Sondersteuer, die ab 1. Juli 1978 von Österreich bei Transittransporten erhoben werden soll — wie aus einer Resolution des Bundesverbands des Deutschen Güterfernverkehrs e. V. hervorgeht —, zu verhindern?
79. Abgeordneter
Dr. Klepsch
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, ein derartiges Vorgehen ohne entsprechende Gegenmaßnahmen hinzunehmen?
80. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU) Wie ist der Stand der Verhandlungen in bezug auf Erleichterungen im Reiseverkehr zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der CSSR, insbesondere auch was das Einvernehmen über den Ausbau grenzüberschreitender Straßen bei Waidhaus und Schirnding sowie die dringend erwünschte Wiedereröffnung des Grenzübergangs bei Waldsassen anlangt?
81. Abgeordneter
Wissmann
(CDU/CSU) Wird die Bundesregierung der Auffassung der baden-württembergischen Landesregierung, daß eine den gegenwärtigen Planungen der Deutschen Bundesbahn entsprechende „Spartrasse“ beim Bau der Schnellbahnstrecke Mannheim—Stuttgart aus Gründen des Natur- und Landschaftsschutzes im Interesse der betroffenen Bevölkerung keinesfalls angenommen werden kann, im Rahmen ihrer Möglichkeiten Rechnung tragen, und wenn nein, warum nicht?

82. Abgeordneter
Wissmann
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung im Falle einer Ablehnung der o. g. „Spartrasse“ bereit, daraus die notwendigen finanziellen Konsequenzen zu ziehen und für eine entsprechende Erhöhung der Gesamtmittel für den Bau der Schnellbahnstrecke Mannheim–Stuttgart zu sorgen?
83. Abgeordneter
Niegel
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß die Deutsche Bundesbahn auf Rationalisierungsvorschläge ihrer Angestellten und Beamten mit einer Nichtbeförderung der entsprechenden Bediensteten reagierte, und wie ist dies gegebenenfalls angesichts der Tatsache, daß in privaten Unternehmen solche Vorschläge positiv honoriert werden, zu erklären?
84. Abgeordneter
Gerster
(Mainz)
(CDU/CSU)
- Kann nach dem heutigen Baufortschritt damit gerechnet werden, daß die Bundesautobahn (A 63) von Mainz bis südlich Alzey (Mauchenheim) bis 1981 voll in Betrieb genommen werden kann, und bis wann kann mit dem Bau der Anschlußstrecke Mauchenheim–Kaiserslautern gerechnet werden?
85. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU)
- Warum hält Staatssekretär Ruhnau seine Zusage, die er mir am 18. Januar 1978 im Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestags gegeben und in persönlichem Gespräch am Rande der Haushaltsdebatte des Deutschen Bundestages wiederholt hat, nicht ein, mir die Kosten-Nutzen-Analysen für die geplanten Schnelltrassen der Deutschen Bundesbahn zuzuleiten?
86. Abgeordneter
Kirschner
(SPD)
- Trifft es zu, daß eine Verfügung des Bundespostministers festlegt, ab sofort grundsätzlich keine neuen Kräfte in den Omnibusfahrdienst hereinzunehmen?
87. Abgeordneter
Kirschner
(SPD)
- Wenn dies zutrifft und Ausnahmefälle der ausdrücklichen Genehmigung des Bundespostministers bedürfen, welche Gründe rechtfertigen diese Anordnung?
88. Abgeordneter
Wimmer
(Mönchengladbach)
(CDU/CSU)
- Liegen der Bundesregierung Informationen darüber vor, in welchem Umfang Fahrer in der Bundesrepublik Deutschland zugelassener Kraftfahrzeuge deshalb beim Grenzübertritt in die Niederlande Schwierigkeiten mit den niederländischen Behörden haben, weil ihre Fahrzeuge über Einrichtungen für den sogenannten c. b.-Funk (citizen band) verfügen, und sind dabei nach dem Wissensstand der Bundesregierung Strafen gegen die Fahrer dieser Kraftfahrzeuge verhängt worden?
89. Abgeordneter
Wimmer
(Mönchengladbach)
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, in Gesprächen mit der niederländischen Regierung darauf einzuwirken, daß zukünftig ein aus diesem Grund ungehinderter Grenzübertritt möglich ist?
90. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung dem Programmbeirat der Deutschen Bundespost von sich aus vorgeschlagen, eine Sondermarke zum Gedenken an den 25. Jahrestag des 17. Juni 1953 herauszugeben?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Raumordnung, Bauwesen und Städtebau**

91. Abgeordneter
Berger
(Lahnstein)
(CDU/CSU) Treffen Behauptungen zu, daß die Bundesmittel für den sozialen Wohnungsbau, insbesondere für Kinderreiche, den Begünstigten über die Landeshaushalte erst dann zugänglich werden, wenn diese durch Gesetz festgestellt worden sind, und wie kann nach Meinung der Bundesregierung die damit verbundene nachteilige Verzögerung vermieden werden?
92. Abgeordneter
Dr. Schneider
(CDU/CSU) Mit welchem Ergebnis hat die Bundesregierung die ihr vorliegenden Vorschläge für eine einmalige Mietentzerrungsaktion für den sozialen Wohnungsbau auf ihre wohnungspolitischen Auswirkungen geprüft?
93. Abgeordneter
Dr. Schneider
(CDU/CSU) Welche durchschnittlichen Erhöhungen der Wohnkosten (Heizungskosten) in den verschiedenen Wohnungskategorien hat die Verdoppelung der Heizölsteuer zur Folge?
94. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Münster)
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß die nach § 21 Abs. 2 der Neubaumietenverordnung mögliche Berechnung der Anlagen für den Wasserverbrauch bei preisgebundenen Wohnungen nach dem Verhältnis der Wohnflächen vielfach zu Ungerechtigkeiten führt, da der Wasserverbrauch in einer Wohnung nur unbedeutend von ihrer Größe, entscheidend dagegen von der Anzahl der in ihr wohnenden Personen abhängt, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, zu einer verbrauchsgerechteren Regelung zu kommen?

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und
des Bundeskanzleramtes**

95. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) Gibt es Bestrebungen innerhalb der Bundesregierung, den Bundesnachrichtendienst von Pullach in den Köln/Bonner Raum zu verlegen?
96. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) Von welchen Überlegungen würde die Bundesregierung bei diesem Vorhaben ausgehen, und wäre die Stadt Euskirchen als Standort denkbar?
97. Abgeordneter
Nordlohne
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß Bundeswohnungsbauminister a. D. Ravens an dem Tag, an dem die Regierungsumbildung bekanntgegeben wurde, regionalen Presseorganen erklärte, er gehöre nicht zu den Kabinettsmitgliedern, die aus dem Kabinett ausscheiden würden, und wenn ja, wie erklärt die Bundesregierung dies auf dem Hintergrund der Tatsache, daß der Nachrichtenspiegel/Inland I Nr. 32 des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung vom 2. Februar 1978 als Fernsehschwerpunkte des Vorabends über die am Vortage durchgeführte Bundespressekonferenz die von Staatssekretär Bölling bekanntgegebenen Rücktritte der Bundesminister Leber, Rohde und Ravens beinhaltet?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

98. Abgeordneter
Luster
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß die Bundesregierung beabsichtigt, der Belgrader Folgekonferenz zur KSZE vorzuschlagen, ein von allen europäischen Staaten getragenes Krebsforschungszentrum in Berlin (West) einzurichten, und worauf stützt sich die Ansicht des Staatsministers Wischniewski, daß ein solcher Vorschlag gute Chancen habe?
99. Abgeordneter
Luster
(CDU/CSU)
- Handelt es sich bei dem von Staatsminister Wischniewski der Öffentlichkeit mitgeteilten Vorhaben um ein mit verbündeten oder anderen befreundeten Staaten bereits abgestimmtes Projekt oder lediglich um eine Absichtserklärung, die dann zwar geeignet wäre, verfrühte Hoffnungen hinsichtlich der Schaffung einer internationalen Forschungseinrichtung mit Sitz in Berlin zu wecken, über deren Verbindlichkeit für die Bundesregierung und deren Realisierungschance durch Unterstützung anderer Regierungen jedoch noch keine gesicherten Erkenntnisse vorliegen?
100. Abgeordneter
Dr. Dübber
(SPD)
- Welche rechtlichen Möglichkeiten besitzt die Bundesregierung, Waffenlieferungen in das Spannungsgelände Naher Osten, die nach Zeitungsberichten von der Firma MBB über die französische Firma Aero-spatale erfolgt seien, zu verhindern?
101. Abgeordneter
Gärtner
(FDP)
- Treffen Pressemeldungen zu, wonach Unternehmen, an denen deutsche Mithersteller von militärisch wichtigen Raketen der Bundeswehr beteiligt sind, Raketentypen, die für die Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland besonders wichtig sind, in Nicht-Natoländer, z. B. Syrien, liefern, und welche Schritte wird die Bundesregierung gegebenenfalls unternehmen, wenn sie auch der Auffassung ist, daß es unzulässig ist, verteidigungspolitisch wichtige Waffensysteme, deren Entwicklung durch den deutschen Steuerzahler nicht unerheblich finanziert wurde, in Länder zu liefern, die nicht dem westlichen Bündnis angehören?
102. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß der Bundeskanzler in Warschau „besondere deutsche Überlegungen“ (Europa-Archiv 2/1978 D 30) gegenüber der NATO angekündigt hat, die aus dem Gegensatz zwischen dem Grundsatz der Kollektivität der Obergrenzen und der vom Ostblock gestellten Forderung nach einem von ihm mitbestimmten Umfang der nationalen, also auch deutschen, Höchststärken in der NATO herauszuführen würde, und trifft es zu, daß er in diesem Zusammenhang den besonderen Wert des Rapacki-Plans hervorgehoben hat?
103. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung gegenüber der Volksrepublik Polen politische oder diplomatische Schritte unternommen, um das Verhalten des polnischen Sicherheitsdienstes in dem Verratsfall Helge Berger zu verurteilen, oder hat man zu diesem den Warschauer Vertrag insgesamt aufs schwerste belastenden Vorgang geschwiegen?

104. Abgeordneter
Rühe
(CDU/CSU)
- Verfügt die Bundesregierung über Erkenntnisse darüber, wie sich in den vergangenen Jahren die Situation des Deutschunterrichts in Großbritannien entwickelt hat, und wenn ja, wie beurteilt die Bundesregierung die eingetretene Entwicklung, und welche Folgerungen zieht sie daraus?
105. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)
- Welches waren die Gründe dafür, daß der Schulbeauftragte, der bisher auf Grund der Vielzahl der Schulen in Buenos Aires seinen Sitz hatte, nunmehr in Montevideo arbeiten soll, obwohl es dort nur eine deutsche Schule gibt?
106. Abgeordneter
Wohlrahe
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die demokratischen Parteien und Parteiallianz, die sich in SWA/Namibia seit der Verabschiedung der Resolution 385 des UN-Sicherheitsrats am 30. Januar 1976 konstituiert haben, bei den Gesprächen über die Zukunft SWA/Namibias Gleichbehandlung mit der SWAPO beanspruchen können, und was unternimmt die Bundesregierung, um diese Gleichbehandlung international zu erwirken?
107. Abgeordneter
Wohlrahe
(CDU/CSU)
- Verfügt die Bundesregierung über Erkenntnisse darüber, aus welchen Gründen zu den SWA/Namibia-Gesprächen auf Ministerebene am 11./12. Februar in New York keine Vertreter der vielrassischen Demokratischen Turnhallen Allianz — der größten Parteigruppierung im Lande — eingeladen wurden?
108. Abgeordneter
Dr. Pfennig
(CDU/CSU)
- Welche der in der Resolution 385 des UN-Sicherheitsrats vom 30. Januar 1976 enthaltenen Forderungen, die Zukunft SWA/Namibia betreffend, sind nach Ansicht der Bundesregierung noch uneingeschränkt gültig, und welche müssen wegen der mittlerweile veränderten Situation modifiziert werden?

B. Schriftliche Anfragen gemäß IV. der Richtlinien sowie Fragen gemäß I. der Richtlinien, um deren schriftliche Beantwortung bis zur Drucklegung gebeten wurde

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

1. Abgeordneter **Sauter (Epfendorf) (CDU/CSU)** Gibt es von der Bundesregierung veranlaßte bzw. finanzierte Meinungsumfragen in der Bundesrepublik Deutschland über den demokratischen Sozialismus, und wenn ja, wann wurden gegebenenfalls solche Befragungen durchgeführt, und wie lautete die Fragestellung?
2. Abgeordneter **Sauter (Epfendorf) (CDU/CSU)** Wie viele Bürger wurden gegebenenfalls befragt, und welches waren die Ergebnisse?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

3. Abgeordnete **Frau Will-Feld (CDU/CSU)** Welche Schritte hat die Bundesregierung unternommen, um die US-Streitkräfte zu veranlassen, sich an die verbindlichen Vorschriften des NATO-Truppenstatuts zu halten?
4. Abgeordnete **Frau Will-Feld (CDU/CSU)** Was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, falls US-Streitkräfte sich dem NATO-Truppenstatut zuwider verhalten?
5. Abgeordneter **Dr. Mertes (Gerolstein) (CDU/CSU)** Von welcher Bedeutung für die deutschland- und berlinpolitischen Interessen der Bundesrepublik Deutschland ist im Lichte des Urteils des Bundesverfassungsgerichts über die Voraussetzungen der Vereinbarkeit des innerdeutschen Grundvertrags mit dem Grundgesetz vom 31. Juli 1973 der bekannte Grundsatz des Hl. Stuhls, Bistumsgrenzen erst zu ändern, nachdem staatliche Grenzziehungen und Grenzänderungen endgültig und unangefochten sind, im Hinblick auf den noch ausstehenden Friedensvertrag mit Deutschland und die Rechtsnatur der innerdeutschen Grenze?
6. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig) (CDU/CSU)** Liegen der Bundesregierung Informationen über die Verletzung von Menschenrechten in Äthiopien vor, und wenn ja, welche Folgerungen wird sie daraus ziehen?
7. Abgeordneter **Koblitz (SPD)** Liegen Erkenntnisse vor, daß deutsche Staatsbürger, die die DDR vor Jahresfrist illegal verlassen haben, bei Reisen in Ostblockstaaten (Tschechoslowakei und Ungarn) mit Nachteilen zu rechnen haben?
8. Abgeordneter **Möllemann (FDP)** Ist die Bundesregierung bereit, zur Verbesserung der Beurteilungs- und Entscheidungsgrundlagen von Parlament, Öffentlichkeit und Betroffenen eine Liste der Länder zu erstellen und fortlaufend zu aktualisieren, in die nach den entsprechenden

- Bestimmungen und nach der politischen Bewertung der Bundesregierung deutsche Firmen Waffen exportieren dürfen, und wenn ja, welche Länder umfaßt diese Liste?
9. Abgeordneter
Dr. Holtz
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß der Minderheitenschutz bei der Sprachausbildung in den USA (bilingual education, Lau van Nichols 1975) sich zwar auf Chinesisch, Spanisch u. a. erstreckt, nicht aber auf die deutsche Sprache, und denkt die Bundesregierung daran, ihren Einfluß dahin gehend geltend zu machen, daß auch die deutsche und deutschsprachige Minderheit in diese oder vergleichbare Sonderprogramme einbezogen wird?
10. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU) Kann der Bundeskanzler angesichts des Bekanntwerdens der Dienstvorschriften für polnische Zensoren (z. B. Spiegel vom 6. Februar 1978) und der Feststellung der Bundesregierung, daß für die durch Behörden, Regierung und alleinherrschende kommunistische Partei in der Volksrepublik Polen diskriminierten Deutschen „keine greifbaren Fortschritte erreicht wurden“ (Plenarprotokoll Seite 5565 D) noch die Aussage aufrechterhalten, daß er „alle Sätze genau so oder ähnlich formulieren“ würde (Europa-Archiv 2/1978 D 24) wie der Generalsekretär der polnischen kommunistischen Partei Gierek?
11. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung den amtlichen Sammelband, gemeinsam herausgegeben vom Außenministerium der Sowjetunion und der DDR — die nicht Vertragspartner des Viermächteabkommens ist — über angebliche Verletzungen des Viermächteabkommens durch die Bundesrepublik Deutschland, die ebenfalls nicht zu dessen Signaturmächten zählt?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

12. Abgeordneter
Daubertshäuser
(SPD) Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß gegen einen Beamten ein Disziplinarverfahren mit dem Ziel der Entlassung aus dem Dienst eingeleitet werden muß, wenn er Mitglied der DKP ist, und welche Auffassung vertritt die Bundesregierung bezüglich der Einleitung eines Disziplinarverfahrens, wenn ein Beamter in Kenntnis seiner DKP-Mitgliedschaft und nach Überprüfung auf Lebenszeit angestellt wurde und inzwischen keine neuen Erkenntnisse über politische Aktivitäten vorliegen?
13. Abgeordneter
Daubertshäuser
(SPD) Welcher Ansicht ist die Bundesregierung in disziplinarrechtlicher Hinsicht, falls ein Beamter nach der Anstellung auf Lebenszeit, die in Kenntnis seiner DKP-Mitgliedschaft erfolgte, auch weiterhin Ämter und Funktionen in der DKP wahrnimmt?
14. Abgeordneter
Batz
(SPD) Welche Erkenntnisse besitzt die Bundesregierung über die Zahl und Umstände der Fälle, in denen bisher Verwaltungsbehörden bzw. Verwaltungsgerichte Bewerber um die Berufung in das Beamtenverhältnis unter anderem mit der Begründung abgelehnt haben, der Bewerber stehe der freiheitlichen, demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland gleichgültig gegenüber?

15. Abgeordneter
Batz
(SPD) Welche Initiativen beamtenrechtlicher oder anderer Art plant oder erwägt die Bundesregierung, um Ablehnungen mit Begründungen dieser Art künftig zu verhindern?
16. Abgeordneter
Lambinus
(SPD) Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die Ablehnung eines Beamtenbewerbers nicht nur dann erfolgen kann, wenn dieser die freiheitlich-demokratische Grundordnung aktiv bekämpft, sondern auch dann, wenn er ihr „etwa“ gleichgültig gegenüber steht, und wenn ja, wird diese Rechtsauffassung vom Sinngehalt und Wortlaut des sogenannten Radikalenerlasses gedeckt, und/oder welche anderen Rechtsgrundlagen können zur Begründung herangezogen werden?
17. Abgeordneter
Lutz
(SPD) Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß ein Bewerber für den öffentlichen Dienst den Beweis dafür führen muß, daß er der freiheitlich-demokratischen Grundordnung nicht „gleichgültig“ gegenübersteht?
18. Abgeordneter
Lutz
(SPD) Hält es die Bundesregierung für möglich, Kriterien festzulegen, mit denen ermittelt werden könnte, ob ein Bewerber der freiheitlich-demokratischen Grundordnung gleichgültig gegenübersteht?
19. Abgeordneter
Biechele
(CDU/CSU) Sind Informationen zutreffend, daß am Rhein, der allgemein als Gradmesser der Gewässerverschmutzung gilt, im Jahr 1977 ein Rückgang der Flußverschmutzung festgestellt wurde, und ist die Begründung hierfür zutreffend, daß diese positive Entwicklung zur verbesserten Abwasserreinigung der wirtschaftlichen und finanziellen Anreizwirkung des Abwasserabgabengesetzes zu verdanken ist?
20. Abgeordneter
Schreiber
(SPD) Liegen der Bundesregierung auf Grund der Angaben im Rahmen des Waffenmeldedienstes inzwischen Zahlen über die Anzahl der Straftaten vor, die mit erlaubnisfreien Schußwaffen begangen worden sind?
21. Abgeordneter
Dr. Müller-Emmert
(SPD) In welcher Weise ist die soziale Absicherung (z. B. Altersversorgung) der hauptamtlichen Bundes- und Landestrainer sowie der im Auftrag der Bundesregierung in der Sportentwicklungshilfe tätigen Trainer und Sportpädagogen gesichert?
22. Abgeordneter
Hoffie
(FDP) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß einer der Gründe für die lange Dauer bis zum rechtskräftigen Abschluß von Asylverfahren in der geringen Kapazität des Bundesamts für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge in Zirndorf sowie in der Eingangszuständigkeit von nur drei Verwaltungsgerichten bei Asylverfahren liegt, und ist die Bundesregierung bereit, durch entsprechende Kapazitätsausweitung des Bundesamts sowie der Eröffnung der Eingangszuständigkeit von weiteren Verwaltungsgerichten diesem offensichtlich unbefriedigenden Zustand abzuhelpen?
23. Abgeordneter
Baron von Wrangel
(CDU/CSU) Ist es richtig, daß die Bundesregierung für das Katastrophenschutzzentrum Lauenburg bereits zugesagte Mittel nun nicht gewähren will?

24. Abgeordneter **Baron von Wrangel** (CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß der Ausbau des Katastrophenschutzentrums Lauenburg auf Grund der besonderen Lage der Stadt eine besondere Bedeutung hat, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?
25. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU) Worauf führt es die Bundesregierung zurück, daß im Bereich des Nato-Flugplatzes Gütersloh sieben Jahre nach der Verabschiedung des Fluglärmsgesetzes immer noch keinem einzigen Bürger Aufwendungen für Schallschutzmaßnahmen erstattet worden sind?
26. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU) Was wird die Bundesregierung tun, damit auch hier dem Willen des Gesetzgebers endlich Geltung verschafft wird?
27. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, das Prinzip des Entsorgungsnachweises durch Verträge mit Betreibern ausländischer Entsorgungseinrichtungen auch auf inländische Verhältnisse zu übertragen, so daß die Energieversorgungsunternehmen auch Verträge über die einzelnen Abschnitte der Entsorgung von Kernkraftwerken mit deutschen Gesellschaften vorlegen können?
28. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die Vorschläge von US-Wissenschaftlern, radioaktive Abfälle in den Quertälern zur Zentralspalte im Mittelatlantik zu versenken und die schwedischen Versuche zur Verdichtung und Kapselung von abgebrannten Brennelementen, und welche Folgerungen zieht sie aus dieser Beurteilung?
29. Abgeordneter **Dr. Jahn** (Braunschweig) (CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, wie hoch die Zahl derjenigen Aussiedler aus Polen ist, die sich als Deutsche aussiedeln ließen und dann in der Bundesrepublik Deutschland der Polonia beitraten, wodurch ihnen erhebliche Vorteile gegenüber anderen Aussiedlern (Reiseerleichterungen nach Polen und Befreiung von Tagesgebühren) zuteil werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

30. Abgeordneter **Immer** (Altenkirchen) (SPD) Inwieweit ist die Bundesregierung in der Lage und bereit, gesetzliche Regelungen zu schaffen, die geeignet sind, Ansprüche von Lieferfirmen und Handwerksbetrieben im Falle eines Konkurses von Generalunternehmen bzw. Auftraggebern im Hoch- und Tiefbau zu realisieren, damit die Existenzbedrohung aus Fremdverschulden gemindert wird?
31. Abgeordneter **Immer** (Altenkirchen) (SPD) Worauf beziehen sich die vom Bundesjustizminister geäußerten Befürchtungen, daß verstärkt nationalsozialistische Wertvorstellungen in Wort und Schrift vermittelt werden, die zu einer Renaissance des Rechtsextremismus führen können?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

32. Abgeordneter **Pohlmann** (CDU/CSU) Hält die Bundesregierung die Regelung, wonach für Sendungen in die DDR 30 DM bei Paketen und 20 DM bei Päckchen ohne Nachweis als Sonderausgaben abgezogen werden können, trotz gestiegener Lebenshaltungskosten weiterhin für ausreichend, und wenn nein, wird die Regelung geändert?

33. Abgeordneter
Pohlmann
(CDU/CSU) Hält die Bundesregierung 100 DM Sonderausgabenbetrag für zusätzliche Aufwendungen bei Besuchen aus der DDR für ausreichend, oder gedenkt sie, diesen Betrag den gestiegenen Lebenshaltungskosten anzupassen?
34. Abgeordnete
Frau Hoffmann (Hoya)
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, Städten und Gemeinden, die an einen Truppenübungsplatz angrenzen — wie z. B. die Stadt Fallingbostal an den größten Truppenübungsplatz Europas, Bergen —, als Entschädigung für die vielen Benachteiligungen, wie Lärmbelästigung bei Tag und Nacht, fehlendes Hinterland, mangelnde Verkehrsverbindungen usw., eine besondere Förderung wie z. B. dem Zonenrandgebiet zukommen zu lassen, und wenn nein, wie begründet die Bundesregierung die Haltung?
35. Abgeordneter
Würtz
(SPD) Hat die Bundesregierung bei der Befolgung der 6. Richtlinie Nr. 77/388 (EWG) des Rates vom 17. Mai 1977 Schwierigkeiten, und wenn ja, wie gedenkt sie diese Schwierigkeiten zu beheben?
36. Abgeordneter
Müntefering
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß sich bei den vom Landesbauamt betreuten Modernisierungs- und Instandsetzungsarbeiten an bundeseigenen Mietwohnungen am Süderhorn in List/Sylt verschiedene Mißstände ergeben haben (z. B. nicht freigesetzte Wohnungen vier Monate und länger permanent Baustellen waren, die Heizkapazitäten der neueingebauten E-Heizungen sich teilweise als wesentlich zu klein erweisen und deshalb erneut ausgewechselt werden müssen), und wie ist garantiert, daß bei Fortführung dieser Maßnahme in List bisherige Beanstandungen nicht mehr auftreten können und ansonsten generell bei Modernisierungs- und Instandsetzungsarbeiten an bundeseigenen Wohnungen die berechtigten Interessen der Mieter beachtet werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

37. Abgeordneter
Breidbach
(CDU/CSU) Wurde der Bundesregierung inzwischen bekannt, daß dem von der Bundesregierung in ihrer Antwort auf meine Frage Nr. 47 (Drucksache 8/1125) erwähnten Briefwechsel zwischen dem niederländischen und dem deutschen Wirtschaftsminister aus dem Jahr 1965 von niederländischer Seite unter den heutigen Umständen keineswegs die gleiche Bedeutung beigemessen wird wie von der Bundesregierung, und hat die Bundesregierung inzwischen Kenntnis davon, daß die Niederlande für ihren Erdgasexport mit Hinweis auf die zunehmende Nachfragekonkurrenz auf allen Welterdgasmärkten prinzipiell Egofisk-Preisniveau als Preis des alternativen Erdgases beanspruchen?
38. Abgeordneter
Breidbach
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung der innenpolitische Druck bekannt, dem die Regierung der Niederlande wegen der aus niederländischer Sicht zu niedrigen Erdgasexportpreise ausgesetzt ist, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?
39. Abgeordneter
Dr. Schwörer
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung Angaben darüber machen, welche Kosten für die Durchführung der Gemeinschaftsaufgaben von Seiten des Bundes aufgewendet werden müssen?

40. Abgeordneter
Dr. Schwörer
(CDU/CSU)
- Was tut die Bundesregierung dagegen, um die Argumente zu entkräften, die einer Abschaffung der Gemeinschaftsaufgaben das Wort reden, weil sie entgegen dem ursprünglichen Sinn nicht zu einer Verbesserung der Zusammenarbeit führen, sondern Anlaß zu ständigen Reibereien und zusätzlichem Verwaltungsaufwand geworden sind, vor allem tut sie etwas, um Doppelarbeit auf Bundes- und Länderebene zu vermeiden?
41. Abgeordneter
Dr. Schwörer
(CDU/CSU)
- Treffen nach dem Wissensstand der Bundesregierung Pressemeldungen zu, daß die Bundesrepublik Deutschland in Europa die höchsten Strompreise hat, und wie erklärt sich die Bundesregierung gegebenenfalls diese Tatsache?
42. Abgeordneter
Dr. Schwörer
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung auch der Meinung, daß Strompreise für die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie und damit für die Erhaltung der Arbeitsplätze eine entscheidende Bedeutung haben, und welche Möglichkeiten sieht sie, um zu erreichen, daß dieser Nachteil der Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland mit marktwirtschaftlichen Mitteln beseitigt wird?
43. Abgeordneter
Dr. Zeitel
(CDU/CSU)
- Wann gedenkt die Bundesregierung, einen Vorschlag zur Änderung des Abgabesatzes von bisher 4,5 Prozent auf einen höheren Satz gemäß dem Gesetz zur Änderung energierechtlicher Vorschriften (Verstromungsnovelle) vorzulegen, damit der 1978 voraussichtlich in Anspruch genommene Kreditrahmen des Ausgleichsfonds (s. Antwort vom 25. Januar 1978 auf meine Anfrage Nr. 71 Drucksache 8/1437) durch höhere Einnahmen im Rahmen des „Kohlepfennigs“ ausgeglichen wird?
44. Abgeordneter
Dr. Zeitel
(CDU/CSU)
- Welche Einnahmen hatte der Ausgleichsfonds gemäß dem Gesetz energierechtlicher Vorschriften in den Jahren bis 1977, und welche Ausgaben werden voraussichtlich bis 1982 anfallen unter Berücksichtigung der neuen Preiserhöhungen für Kraftwerkskohle?
45. Abgeordneter
Dr. Evers
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung Überlegungen, technische Fachkräfte bei den Kommunalbehörden der Kreisebene als Berater für Energieeinsparungsmaßnahmen einzustellen, die insbesondere für Wohnungsinhaber, Hauseigentümer und gewerbliche Kleinbetriebe gegen Gebühr beratend bei Energieeinsparungsmaßnahmen tätig werden, und ist die Bundesregierung bereit, in einer auszuwählenden Großstadt einen Modellversuch zu finanzieren, um die Zweckmäßigkeit derartiger Überlegungen am konkreten Beispiel zu erproben?
46. Abgeordneter
Schreiber
(SPD)
- Treffen Presseberichte zu, demzufolge die Firma Steigerwald Strahltechnik GmbH, Pulheim bei München, deren Mehrheitsanteile beim Bund liegen, eine Elektronenstrahlperforationsmaschine in die Republik Südafrika liefert, obwohl solche Maschinen nach Position 0119 der Kernenergieliste der Außenwirtschaftsverordnung nicht in Länder wie Südafrika exportiert werden dürfen, und was wird die Bundesregierung gegebenenfalls unternehmen, um dieses Geschäft zu verhindern?

47. Abgeordneter
Gerlach
(Oberнау)
(CDU/CSU)
- Trifft es nach dem Erkenntnisstand der Bundesregierung zu, daß — wie im „Kosmos“ vom Februar 1978 berichtet — 5 Millionen Tonnen Stroh, die nach einer Schätzung von Experten 1980 verheizt werden könnten, 1,3 Millionen Tonnen Heizöl mit einem derzeitigen Wert von 400 Millionen DM ersetzen könnten, und wenn ja, welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus?
48. Abgeordneter
Gerlach
(Oberнау)
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, über die z. Z. bereits betriebenen Strohverbrennungsanlagen hinaus die Heizkraft als Stroh zu nutzen, oder trifft es zu, daß das Stroh „zum Verheizen zu schade sei“, und welche Chancen sind bejahendenfalls für ergiebigere Verwendungen zu sehen?
49. Abgeordneter
Dr. Riesenhuber
(CDU/CSU)
- Welches waren die Gründe dafür, daß die Bundesregierung die Ausrüstung eines Steinkohlekraftwerks der Steag mit einer 100prozentigen Rauchgasentschwefelungsanlage nur unter der Bedingung mit einem Betrag von 70 Millionen DM fördert, daß diese Anlage ausschließlich nach einem deutschen Verfahren gebaut werden darf?
50. Abgeordneter
Dr. Riesenhuber
(CDU/CSU)
- War es der Bundesregierung bewußt und lag es in ihrer Absicht, daß nach dem Entwicklungsstand deutscher Verfahren zur 100prozentigen Rauchgasentschwefelung, unter Berücksichtigung der Infrastruktur des vorgesehenen Standorts und im Hinblick auf laufende Projekte möglicherweise konkurrierender deutscher Verfahren, die Bedingungen der Bundesregierung überhaupt nur von einem einzigen Anbieter erfüllt werden konnten?
51. Abgeordneter
Dr. Riesenhuber
(CDU/CSU)
- Wie rechtfertigt die Bundesregierung die erhebliche finanzielle Unterstützung eines Verfahrens unter mehreren konkurrierenden Verfahren, unter denen sich Verfahren befinden, die bei einem höheren Entwicklungsstand mit geringerem Betriebsrisiko, größerer Erfolgssicherheit und betriebswirtschaftlich genauer abschätzbarer Kosten eingesetzt werden können?
52. Abgeordneter
Dr. Riesenhuber
(CDU/CSU)
- Hält es die Bundesregierung für ihre Aufgabe, auf dem Gebiet der hochgradigen Rauchgasentschwefelung mit öffentlichen Mitteln Verfahren zu fördern, wenn gleichzeitig im Markt geeignete Alternativen angeboten werden, die mit dem gleichen Umwelteffekt bei höherer Erfolgswahrscheinlichkeit im gleichen Umfang Aufträge für deutsche Firmen bringen würden?
53. Abgeordneter
Gerstein
(CDU/CSU)
- Zu welchen Ergebnissen haben die gemäß Antwort der Bundesregierung auf meine Anfrage vom 23. Januar 1978 (Drucksache 8/1437, Fragen Nr. 80 und 81) angekündigten Einlassungen der Bundesregierung bei der Kommission der EG und die ebenfalls angekündigten Vorstellungen der Bundesregierung in der gleichen Sache bei den deutsch-französischen Konsultationen am 6. und 7. Februar 1978 gegen die Höchstpreisfestsetzung für Bier in Frankreich geführt?

54. Abgeordneter
Gerstein
(CDU/CSU) Sind der Bundesregierung inzwischen nähere Angaben über Auswirkungen der Höchstpreisfestsetzung auf den Export deutscher und hierbei insbesondere Dortmunder und bayerischer Brauereien bekannt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

55. Abgeordneter
Paintner
(FDP) Wei weit sind die Vorarbeiten zum Erlaß einer EG-Vogelschutzrichtlinie gediehen, und welche Auswirkungen erwartet die Bundesregierung davon auf den gewerblichen Vogelfang in einigen Mitgliedsländern?
56. Abgeordneter
Paintner
(FDP) Welchen erkennbaren Nutzen hat das Washingtoner Artenschutzübereinkommen von 1973 in der Bundesrepublik Deutschland bisher gebracht, und wann und in welcher Form ist mit einer Ergänzung der Liste der bedrohten Tier- und Pflanzenarten zu rechnen, die nicht gehandelt werden dürfen?
57. Abgeordneter
Peters
(Poppenbüll)
(FDP) Treffen Behauptungen zu, wie sie in Versammlungen aufgestellt werden, daß den Landwirten als Voraussetzung für den Agrarkredit Buchführung zur Pflicht gemacht wird, und welche sonstigen administrativen Auflagen werden mit diesem Kredit verbunden?
58. Abgeordneter
Immer
(Altenkirchen)
(SPD) Inwieweit ist die Bundesregierung in der Lage und bereit, die Belange des einzelbetrieblichen Förderungsprogramms für landwirtschaftliche Betriebe so zu modifizieren, daß den regionalen Notwendigkeiten Rechnung getragen wird, z. B. daß die Erweiterung der Milchproduktion ausschließlich nur in den Gebieten mit mehr als 50 v. H. natürlichem Grünland gefördert wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

59. Abgeordneter
Wüster
(SPD) Trifft der Vorwurf (lt. Rheinische Post, Ausgabe Remscheid, vom 4. Februar 1978) des Kreisverbands Remscheid der Ruhestandsbeamten und Hinterbliebenen an Bundesarbeitsminister Dr. Ehrenberg zu, er habe den Rückstand der Beamtenpensionen hinter der Versorgung der ehemaligen Behördenangestellten geleugnet, obwohl in einem von der Bundesregierung in Auftrag gegebenen Gutachten der „Treuarbeit“-AG Frankfurt nachgewiesen worden sei, daß die Beamtenpensionen bis zu drei Besoldungsgruppen hinter der Versorgung der ehemaligen Behördenangestellten zurückblieben?
60. Abgeordneter
Schreiber
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß die starre Ausschlußfrist von zwei Monaten bei der Gewährung von Konkursausfallgeld gem. § 141 e des Arbeitsförderungsgesetzes zu ungerechtfertigten Härten gegenüber den betroffenen Arbeitnehmern führt, wenn die Anspruchsberechtigten über die Eröffnung des Konkursverfahrens nicht unterrichtet sind, und ist sie gegebenenfalls bereit, die Ausschlußfrist des

- § 141 e des Arbeitsförderungsgesetzes zumindest für die Fälle flexibler zu gestalten, in denen die Nichtkenntnis vom Arbeitgeber oder vom Konkursgericht bzw. -verwalter verschuldet ist?
61. Abgeordneter
Schreiber
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang den Vorschlag, den Lauf der Ausschlussfrist zu dem Zeitpunkt beginnen zu lassen, an dem der Anspruchsberechtigte Kenntnis von der Eröffnung des Konkursverfahrens erhält?
62. Abgeordneter
Dr. Holtz
(SPD) Denkt die Bundesregierung daran, den § 23 des Jugendarbeitsschutzgesetzes dahin gehend abzuändern, daß die ausbildungsqualitätsmindernde Bestimmung entfällt, wonach der Facharbeiter einem Lohnabzug unterliegt, wenn ihm ein Auszubildender zur Seite gestellt wird, oder gedenkt die Bundesregierung, andere Maßnahmen zu ergreifen, die entweder die rein auf Effizienz und gegen eine vernünftige Ausbildung bedachte Einstellung vieler Facharbeiter bei der jetzigen Regelung mildern oder die verbreitete Ablehnung der Zuordnung von auszubildenden Jugendlichen unter Facharbeitern ausschließen?
63. Abgeordneter
Dr. Holtz
(SPD) Gedenkt die Bundesregierung, die gesetzlich geforderte medizinische Untersuchung von Auszubildenden nach einem Jahr dadurch effektiver zu gestalten, daß sie die statistischen und anderen (Arzt-honorar für die zweite Untersuchung) Voraussetzungen dafür schafft, die Untersuchung überhaupt erst als echte Vergleichsuntersuchung medizinisch sinnvoll und aussagekräftig zu machen?
64. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU) Wieviel offene Arbeitsstellen sind nach den Schätzungen der Bundesregierung nicht bei den Arbeitsämtern registriert, und ist saisonbereinigt eine zu- oder abnehmende Tendenz festzustellen?
65. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Ansicht verschiedener Arbeitsmarktexperten, daß zu einer modernen Arbeitsmarktpolitik das Wissen gehört, wieviel unbesetzte Arbeits- und Ausbildungsplätze es nach Berufen und Wirtschaftszweigen gibt — unabhängig davon, wieviel dieser Stellen bei den Arbeitsämtern gemeldet sind —, und auf welchem Wege will sie sich gegebenenfalls diese Zahlen beschaffen?
66. Abgeordneter
Rühe
(CDU/CSU) Wie gestaltet sich die Durchführung des Schwerbehindertengesetzes in den einzelnen Bundesländern die Erledigungsquote betreffend, und welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus der Tatsache, daß zum Beispiel in Hamburg ein Großteil der Anträge erst nach mehr als sechs Monaten, teilweise erst nach über ein bis zu zwei Jahren erledigt werden?
67. Abgeordneter
Rühe
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung der Ansicht, daß die Länder mit der Durchführung des Schwerbehindertengesetzes überfordert werden, oder welche anderen Gründe sieht die Bundesregierung für aufgetretene große Bearbeitungsrückstände, die bereits zu Untätigkeitsklagen bei Sozialgerichten geführt haben, und welche Konsequenzen zieht sie daraus?

68. Abgeordneter
Tillmann
(CDU/CSU) Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die sich aus dem berufsbedingten Alterslimit für Berufsluftfahrer ergebende Versorgungslücke zwischen Berufsende und Beginn der Zahlung des Altersruhegelds aus der Sozialversicherung zu schließen?
69. Abgeordneter
Tillmann
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Empfehlung der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte in Berlin, nach dem 60. Lebensjahr ein Jahr lang stellenlos zu bleiben und Arbeitslosenunterstützung zu beziehen, um auf diesem Wege Anspruch auf ein vorgezogenes Altersruhegeld zu erlangen?
70. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Braunschweig)
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung Auskunft darüber geben, wie hoch die ausstehenden Althypothekengelder der Angestelltenversicherung beziffert werden?
71. Abgeordneter
Francke
(Hamburg)
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß Bundeskanzler Schmidt im Hamburger Congressentrum am 8. Februar 1978 geäußert hat, „Selbst unseren Arbeitslosen geht es gut“, und wenn ja, wie beurteilt die Bundesregierung diese Äußerung, und wie läßt sie sich rechtfertigen angesichts der kürzlich von Staatsminister Dr. Gölter vorgelegten Dokumentation zur wirtschaftlichen Lage von Arbeitslosen in der Bundesrepublik Deutschland, nach der die Zahl der arbeitslosen Haushalte mit einem verfügbaren Einkommen unter der Sozialhilfeschwelle bei etwa 500 000 liegen dürfte?
72. Abgeordneter
Wimmer
(Mönchengladbach)
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, ob die in der Meldung der Westdeutschen Zeitung vom 25. Januar 1978 „Der heimliche Tod im Betonschacht“ wiedergegebenen Tatsachen insoweit zutreffen, als die Bauberufsgenossenschaften als Einrichtungen der gesetzlichen Unfallversicherung verstärkt für in Schwarzarbeit errichtete Gebäude von den Bauherren Versicherungsprämien eintreiben, damit die zum Teil sehr hohen Leistungen an jene Personen erbracht werden können, die in der Ausführung von Schwarzarbeit Opfer von Unfällen geworden sind, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?
73. Abgeordneter
Wimmer
(Mönchengladbach)
(CDU/CSU) Ist dies nach Ansicht der Bundesregierung eine zur Bekämpfung der Schwarzarbeit geeignete Maßnahme, und wie beurteilt die Bundesregierung dabei die Zusammenarbeit betroffener Behörden?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

74. Abgeordneter
Biehle
(CDU/CSU) Wo verfügt die Bundeswehr über Filmvorführgeräte 35 mm, und stehen Filme 35 mm dazu zur Verfügung?
75. Abgeordneter
Biehle
(CDU/CSU) Werden Filmvorführgeräte 35 mm verkauft, und wenn ja, warum und in welchem Verhältnis stehen Ankaufs- bzw. Verkaufspreis?

76. Abgeordneter
Biehle
(CDU/CSU)
- Treffen Pressemeldungen zu, wonach der Nato-Bündnispartner Norwegen nach sowjetischen und finnischen Interventionen die Zustimmung zur Teilnahme der Bundeswehr an Nato-Manövern in Norwegen auf eine Sanitätseinheit beschränkt hat, und wie beurteilt die Bundesregierung diese Einschränkung gegebenenfalls u. a. auch im Hinblick auf die von General Haig erklärte zunehmende sicherheitspolitische Gefährdung der nördlichen Nato-Flanke durch den Warschauer Pakt?
77. Abgeordneter
Würzbach
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß eine Vielzahl von Offizieren des Dienstgrads Leutnant bis Oberst bis heute — Mitte Februar — von ihrer zum 1. April vorgesehenen dienstlichen Versetzung noch immer keine offizielle Kenntnis und Verfügung hat, und wenn ja, welche Erklärung hat die Bundesregierung für diesen die Truppe beunruhigenden Sachverhalt?
78. Abgeordneter
Würzbach
(CDU/CSU)
- Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu treffen, um den Grundsätzen von Fürsorge und Innerer Führung den Soldaten und auch deren Angehörigen gegenüber gerecht zu werden und zu erreichen, vorgesehene Versetzungen zeitgerecht zu verfügen?
79. Abgeordneter
Würtz
(SPD)
- Wie beurteilt das Bundesverteidigungsministerium die von Oberstleutnant Ernst-Günter Petersen (zur Zeit Brunssum/Holland) vorgelegten „Gedanken zum Thema Pensionierung in der Bundeswehr“, und welche konkreten Schritte wurden bzw. werden in diesem Zusammenhang ergriffen?
80. Abgeordneter
Gerster
(Mainz)
(CDU/CSU)
- Welche Schwierigkeiten stehen der Räumung des militärisch genutzten Schlosses Waldthausen und des dazu gehörenden Teils des Lennebergwalds bei Mainz heute noch entgegen, und was hat die Bundesregierung nach ihren langjährigen Zusagen, sich für die Freimachung dieses Gebäudes einzusetzen, bis heute in dieser Sache erreicht?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

81. Abgeordneter
Dr. Penner
(SPD)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, zum Schutze von jüngeren Kindern rechtlich verbindliche Regelungen für besonders gesicherte Verschlüsse bei Arzneimitteln durchzusetzen?
82. Abgeordnete
**Frau
Dr. Lepsius**
(SPD)
- Kann die Bundesregierung mitteilen, ob das in Spanplatten verwendete Formaldehyd aus dem Verkehr gezogen werden kann, nachdem in Schulen vielfach Kinder von schleimhautreizenden Wirkungen, Übelkeit und anderen krankhaften Symptomen befallen wurden, die zu Untersuchungen des Bundesgesundheitsamts geführt haben?
83. Abgeordnete
**Frau
Hoffmann**
(Hoya)
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß größtenteils die nach dem Jugendwohlfahrtsgesetz zur Jugendbetreuung notwendigen Fachkräfte auf Grund fehlender Gelder bei den Jugendämtern der Landkreise nicht eingestellt werden können, und wenn ja, warum wird die Bundesregierung in der nächsten Zeit einen Entwurf zu einem neuen Jugendhilfegesetz vorlegen, obwohl die bisherigen gesetzlichen Möglichkeiten nicht voll ausgenutzt werden?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr
und für das Post- und Fernmeldewesen**

84. Abgeordneter
Biehle
(CDU/CSU) Wann ist mit der Einführung der vom Bundeskriminalamt als fälschungssicher bezeichneten neuen Folienschild-Kraftfahrzeugkennzeichen zu rechnen, und ist ab diesem Zeitpunkt auch die Zustimmung für neue landschaftsbezogene Kraftfahrzeugkennzeichen für Bayern verbunden?
85. Abgeordneter
Seiters
(CDU/CSU) Wie ist der letzte Stand hinsichtlich Planung und Finanzierung des niedersächsischen Teilstücks der A 31 (Emsland-Autobahn), unter welchen Voraussetzungen ist gegebenenfalls eine frühere Einbeziehung von Teilbereichen in den Fünfjahresplan denkbar?
86. Abgeordneter
Seiters
(CDU/CSU) Ist sichergestellt, daß bereitstehende Haushaltsmittel auf Grund von Einsprüchen und Bauverzögerungen in anderen Bundesländern nicht verfallen, sondern u. U. vorzeitig für baureife Projekte der A 31 in Niedersachsen eingesetzt werden?
87. Abgeordneter
Seiters
(CDU/CSU) Wie hoch beläuft sich der Betrag der auf Grund von Einsprüchen und Bauverzögerungen bei der A 31 im Jahr 1977 keine Verwendung finden konnte, und um welche Einsprüche und Teilstücke handelt es sich?
88. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) Ist im Rahmen der neuen Netzkonzeption der Deutschen Bundesbahn damit zu rechnen, daß in den 80er Jahren der Streckenabschnitt Jüngerath-Losheim belgische Grenze für den Güterverkehr eingestellt wird und damit die Strecke endgültig stillgelegt wird, und wie wäre diese Maßnahme gegebenenfalls vereinbar mit dem Grenzberichtigungsvertrag zwischen Belgien und der Bundesrepublik Deutschland vom 6. August 1958, der ausdrücklich die Erhaltung des grenzüberschreitenden Güterzugverkehrs über den Grenzübergang Losheim beinhaltet?
89. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) Warum wurde der Kreis Euskirchen im Jahr 1976 nicht mit Finanzhilfen des Bundes nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz geförderten Baumaßnahmen im kommunalen Straßenbau berücksichtigt (siehe z. B. Bericht über die Verwendung der Finanzhilfen des Bundes zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden für das Jahr 1976, Karte A 1)?
90. Abgeordnete
**Frau
Dr. Martiny-
Glotz**
(SPD) Erwägt die Bundesregierung, die Vorschrift für Sicherheitsgurte durch Veränderung des § 35 a StVO auch auf die rückwärtigen Sitze eines Autos auszuweiten, und wann wird gegebenenfalls mit einer solchen Regelung zu rechnen sein?
91. Abgeordnete
**Frau
Dr. Martini-
Glotz**
(SPD) Wird die Bundesregierung gegebenenfalls bei den als Fünfsitzern zugelassenen Autos für die hintere Sitzbank drei Gurte zwingend vorschreiben, da der Mittelplatz der hinteren Sitzbank als besonders gefährdet anzusehen ist?

92. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU) Ist der Bundesverkehrsminister bereit, dem Antrag des Bundesverbands der Deutschen Transportbetonindustrie e. V. vom 18. Januar 1977 zu entsprechen, für Betonmischfahrzeuge als Spezialfahrzeuge künftig bundesweit ein zulässiges Gesamtgewicht von 26 t statt bisher 22 t zuzulassen, wie dies bisher im Saarland und in Berlin der Fall ist, um die damit erzielbaren Kraftstoffeinsparungen und Entlastungen des Verkehrs in Ballungsgebieten zu erzielen?
93. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU) Wie ist der Stand der Planungen einer neuen B 36 im Tiefgestade zwischen Rastatt und Karlsruhe, bzw. bis wann ist mit dem Bau der Straße zu rechnen?
94. Abgeordneter
Biechele
(CDU/CSU) Verfügt die Bundesregierung über Erkenntnisse darüber, wie hoch die Korrosionsschäden an Fahrzeugen und die Schäden an straßennahen Pflanzungen durch die Verwendung von Streusalz im Winter zugunsten der Verkehrssicherheit sind?
95. Abgeordneter
Biechele
(CDU/CSU) Gibt es Erwägungen, die Verwendung von Streusalz nach den Erfahrungen in anderen Ländern einzuschränken und hierfür schonendere Mittel einzusetzen?
96. Abgeordneter
Biechele
(CDU/CSU) Sieht sich die Bundesregierung veranlaßt, ihre Aussage, daß mit der durchgehenden Fertigstellung des zunächst nur einbahnigen Neubaus der Bundesautobahn A 98 vom Singener Kreuz bis zur Bundesstraße 34 bei Bietingen voraussichtlich in den Jahren 1981/82 zu rechnen sei, zu korrigieren (vgl. Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Haar vom 11. Mai 1977 auf meine schriftliche Anfrage für die Fragestunde)?
97. Abgeordneter
Würzbach
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die bestehenden Gesetze und übrigen Vorschriften ausreichen, um bei schweren Unfällen, wie jetzt gerade wieder auf der Bundesautobahn bei Bad Bramstedt, Notarzt, freiwilliger Feuerwehr und Polizei einen ungestörten Weg zur Hilfeleistung zu gewähren, und wenn nein, was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um wirksamere Vorschriften entwerfen zu lassen?
98. Abgeordneter
Dr. Abelein
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, den aus Bayern kommenden Autobahnzubringer zur A 7 bei Giengen zur Bundesstraße aufzustufen, aus Bundesmitteln zu finanzieren, und gegebenenfalls aus welchen Gründen ist sie nicht dazu bereit?
99. Abgeordneter
Lenzer
(CDU/CSU) Welche Streckenstilllegungspläne der Deutschen Bundesbahn bestehen im Bereich des Landkreises Lahn-Dill und der kreisfreien Stadt Lahn (Gießen-Wetzlar)?
100. Abgeordneter
Lenzer
(CDU/CSU) Wie gedenkt die Bundesregierung, die konkreten Beratungen mit den Betroffenen auf der örtlichen Ebene zu gestalten, und wann werden insbesondere die angekündigten Regionalkonferenzen stattfinden?
101. Abgeordnete
Frau Hoffmann
(Hoya)
(CDU/CSU) Welche Ergebnisse haben die Untersuchungen über die verschiedenen Varianten der Linienführung der geplanten Bundesautobahn A 5 im Raum Bremen/Niedersachsen ergeben, und hat die Bundesregierung die Einwände aus der Bevölkerung dabei entsprechend berücksichtigt?

102. Abgeordnete
Frau Hoffmann (Hoya)
(CDU/CSU) Ist die Notwendigkeit des Baus der A 5 im Bereich Bremen/Niedersachsen noch gegeben, und wenn ja, wann ist mit den ersten Baumaßnahmen zu rechnen?
103. Abgeordneter
Pfeifer
(CDU/CSU) Welche Investitionskosten sind erforderlich, um die Bedienung des Schienenpersonenverkehrs über den Streckenabschnitt Tübingen—Entringen hinaus auf der gesamten Strecke 764 Tübingen—Herrenberg wieder aufnehmen zu können?
104. Abgeordneter
Pfeifer
(CDU/CSU) Hält die Bundesregierung an der Auffassung fest, wonach die Bedeutung der einzelnen Strecken zur Anbindung an Verdichtungsräume wichtiges Bewertungskriterium für die Erhaltenswürdigkeit einer Strecke sein muß, und ist die Bundesregierung bereit einzuräumen, daß durch eine Wiedereröffnung des Personenverkehrs zwischen Entringen und Herrenberg die Anbindung eines wichtigen Teils der Region Neckar-Alb an benachbarte Verdichtungsräume wesentlich verbessert, die Reisezeit zu den zentralen Orten Böblingen, Sindelfingen, Tübingen und Reutlingen wesentlich verkürzt und damit die Attraktivität sowie das betriebswirtschaftliche Ergebnis der Strecke 764 so gesteigert werden könnte, daß von der geplanten Verlagerung des Personenverkehrs von der Schiene auf die Straße auf der Strecke Tübingen—Entringen Abstand genommen werden könnte?
105. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD) Trifft die Behauptung der Stadt Dorsten in ihrem Ratsbeschluß zur geplanten Streckenstilllegung der Deutschen Bundesbahn zu, wonach eine systematische Ausdünnung des Fahrplans und ein „lebensgefährlicher“ Bahnsteigzustand das schlechte Verkehrsaufkommen der Bahn verursacht haben, und was will die Bundesregierung gegebenenfalls hiergegen tun?
106. Abgeordneter
Dr. Mertes (Gerolstein)
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß bis zum Jahr 1972 von der Deutschen Bundespost Fernsprechanlüsse unabhängig von der Länge der Zuleitung zu einem Festpreis erstellt wurden?
107. Abgeordneter
Dr. Mertes (Gerolstein)
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß ab 1972 von der Deutschen Bundespost dem Anschlußnehmer die Anschlußkosten voll in Rechnung gestellt werden?
108. Abgeordneter
Dr. Mertes (Gerolstein)
(CDU/CSU) Ist von seiten der Bundesregierung beabsichtigt, aus Gründen der Gleichbehandlung der Fernsprechteilnehmer wieder zu einer Regelung zu kommen, wie sie bis 1972 Gültigkeit hatte?
109. Abgeordneter
Dr. Jahn (Braunschweig)
(CDU/CSU) Treffen nach dem Wissensstand der Bundesregierung italienische Presseberichte zu, daß ein Pipelineprojekt besteht, welches in rund drei Jahren ermöglicht, Erdgas aus algerischen Lagerstätten über Sizilien und Italien bis nach Deutschland zu befördern, und wenn ja, wird dieses Projekt von der Bundesregierung befürwortet?
110. Abgeordneter
Seefeld
(SPD) Was beabsichtigt die Bundesregierung auf Grund der Tatsache zu unternehmen, daß Postjungboten, die nach ihrer Ausbildung von der Deutschen Bundespost nicht übernommen werden, auf keinen anderen beruflichen Werdegang vorbereitet sind?

111. Abgeordneter
Seefeld
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß allein beim Zustelldienst der Oberpostdirektion Karlsruhe ein „Berg“ von 450 000 Überstunden ansteht, und welche Schritte sind zur Abstellung dieses unnatürlichen und die Mitarbeiter der Deutschen Bundespost belastenden Zustands geplant?
112. Abgeordneter
Dr. Schöfberger
(SPD) Erwägt die Bundesregierung irgendwelche Maßnahmen gegen private Paketdienste und zum Schutze der Deutschen Bundespost und gegebenenfalls welche?
113. Abgeordneter
Dr. Schöfberger
(SPD) Hat die Bundesregierung bereits abschließend geprüft, ob ein gesetzlicher Beförderungsvorbehalt für Pakete schlechthin oder für Pakete bis zu einer bestimmten Gewichtsklasse zugunsten der Deutschen Bundespost verfassungskonform wäre, oder ist eine solche Prüfung wenigstens eingeleitet worden?
114. Abgeordneter
Müller
(Mülheim)
(SPD) Warum ist es der Deutschen Bundespost nicht möglich, in allen Tätigkeitsbereichen, den Brief- und Paketdienst eingeschlossen, Gewinne zu erzielen, wie dies beispielsweise bei der niederländischen Post der Fall sein soll?
115. Abgeordneter
Müller
(Mülheim)
(SPD) Kann das Gebührenniveau für Auslandsferngespräche in der Bundesrepublik Deutschland den niedrigeren Gebühren in Holland angeglichen werden, wo für ein einminütiges Gespräch von Amsterdam nach Düsseldorf nur 0,78 DM zu zahlen sind, während die Deutsche Bundespost für ein Ferngespräch in umgekehrter Richtung 1,15 DM verlangt?
116. Abgeordneter
Curdt
(SPD) Aus welchen Gründen ist der beschlossene Neubau des Postamts Göttingen trotz des Vorliegens geprüfter und genehmigter Bauplanung noch immer nicht begonnen worden?
117. Abgeordneter
Curdt
(SPD) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß im Interesse der Bediensteten des Postamts Göttingen einerseits und der Verbesserung der Auftragslage im Baugewerbe andererseits innerhalb kürzester Frist mit dem Bauvorhaben begonnen werden sollte, und ist sie bereit, in diesem Sinne auf die verantwortlichen Stellen der Deutschen Bundespost einzuwirken?
118. Abgeordneter
Peter
(SPD) Wird der Bundespostminister die im Zusammenhang mit der Einführung des Telefonnahdienstes ab 1980 vorgesehenen Sonderregelungen für die Grenzgebiete zur DDR und zur CSSR auch auf das Saarland als Grenzgebiet zu Frankreich ausdehnen, und wenn ja, welche praktischen Auswirkungen sind daraus gegenüber der zur Zeit bestehenden Regelung zu erwarten?
119. Abgeordneter
Dr. Holtz
(SPD) Denkt die Bundesregierung daran, durch eine personelle und technische Aufstockung den ständigen Engpaß der Fernsprechauskunft Inland wie der Fernsprechauskunft Ausland zu beseitigen, um damit den Fernsprechteilnehmer in den Genuß einer notwendigen Dienstleistung zu versetzen?

120. Abgeordneter
Regenspurger
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Ansicht der Deutschen Bundespost, die trotz der hohen Arbeitslosenquoten Dienststellen, wie z. B. der Beitreibungsdienst bei den Fernmeldeämtern, radikal abbaut, obwohl gerade bei diesen Stellen bei den sogenannten faulen Kunden rückständige Gebühren beigetrieben werden könnten, und wenn ja, wie vereinbart sie dies mit ihrem Programm zur Vollbeschäftigung?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

121. Abgeordneter
Dr. Evers
(CDU/CSU)
- Liegen der Bundesregierung Informationen darüber vor, wie sich die Abrechnungsverfahren für Heizkosten in Wohngebäuden mit mehreren Wohnungen (gleichhohe Heizkosten pro Wohnflächeneinheit, fixer Sockelbetrag und Aufteilung nach Heizenergie- menge) auf den tatsächlichen Energieverbrauch auswirken, und beabsichtigt die Bundesregierung, Maßnahmen zur Einführung energiesparender Kostenverteilungsschlüssel zu ergreifen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

122. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU)
- Welche konkreten Möglichkeiten sieht die Bundesregierung für das Zonenrandgebiet, im Rahmen ihrer angekündigten Bemühungen „gerade die mittelständische Industrie in die erheblich verbreiterten Forschungsprogramme einzubeziehen und somit die Akzente deutlich zu verlagern“? (Staatssekretär Höhmann, 10. Oktober 1977, Lübeck)
123. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU)
- Mit welchem Recht appelliert die Bundesregierung (Staatssekretär Höhmann, 10. Oktober 1977, Lübeck) an die Landesregierungen, den Bund bei seinen Bemühungen um die Aufrechterhaltung einer eindeutigen Förderpriorität für das Zonenrandgebiet nicht allein zu lassen, wo doch die entscheidende Kompetenz dafür bei der Bundesregierung liegt?
124. Abgeordneter
Pfeffermann
(CDU/CSU)
- Welche alternativen Überlegungen hat die Bundesregierung seither erwogen, den 25. Jahrestag des 17. Juni 1953 öffentlich über die allgemeine Beflagung von Dienstgebäuden hinaus zu begehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

125. Abgeordneter
Benz
(CDU/CSU)
- Wie hoch ist das Durchschnittsalter der Referenten, Unterabteilungsleiter und Abteilungsleiter im Bundesforschungsministerium 1977, im Vergleich zu den Jahren 1973 bis 1976?
126. Abgeordneter
Benz
(CDU/CSU)
- Wie hoch ist die Durchschnittszahl der Mitarbeiter pro Referat im Bundesforschungsministerium im Vergleich zum Bundeswirtschaftsministerium im Jahr 1977, im Vergleich zu den Jahren 1973 bis 1976?

127. Abgeordneter
Dr. Stavenhagen
(CDU/CSU) Wieviel militärische bzw. zivile Nachrichtensatelliten sind nach Kenntnis der Bundesregierung zur Zeit im Weltraum, differenziert nach den Eigentümern, und welche verwenden nach dem Wissensstand der Bundesregierung Radionuklidbatterien als Energiequelle?
128. Abgeordneter
Dr. Stavenhagen
(CDU/CSU) Welche Auswirkungen auf die Bevölkerung gehen vom Einschlag einer Radionuklidbatterie aus einem Satelliten in einem Wohnviertel aus, und welche Vorkehrungen hat die Bundesregierung hiergegen getroffen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

129. Abgeordnete
Frau
Dr. Wisniewski
(CDU/CSU) Trifft es nach dem Wissensstand der Bundesregierung zu, daß — wie die Kommission des International Council on the future of the university meint — die Studentenzahlen an deutschen Universitäten künstlich durch „unechte Studenten“ aufgebläht seien, die keine Seminare besuchen und auch nicht an Prüfungen teilnehmen, weil allein der Besitz eines Studentenausweises materielle Vorteile mit sich bringt (Zuteilung eines Zimmers in einem Studentenheim, Zugang zu Mensen, reduzierte Fahrpreise, freie oder verbilligte Eintrittskarten für Theatervorstellungen und Sportveranstaltungen usw.), und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?
130. Abgeordnete
Frau
Dr. Wisniewski
(CDU/CSU) Gedenkt die Bundesregierung, diese Angaben in Zusammenarbeit mit den Ländern zu überprüfen, um gegebenenfalls notwendige Maßnahmen ergreifen zu können?

Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

131. Abgeordneter
Köhler
(Wolfsburg)
(CDU/CSU) Wie viele Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit sind seit 1975 mit Evaluierungsaufträgen betraut worden?
132. Abgeordneter
Köhler
(Wolfsburg)
(CDU/CSU) Welches wären diese Evaluierungsaufgaben, und mit welchen Konditionen wurden sie vergeben?
133. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU) Wie viele ausländische Arbeitnehmer sind nach den Schätzungen der Bundesregierung seit Beginn der Rezession in ihre Heimatländer zurückgekehrt, und was hat die Bundesregierung unternommen, den Ausländern aus den Anwerbeländern diese Rückkehr — gegebenenfalls auch eine Eingliederung in den Arbeitsprozeß — zu erleichtern?
134. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU) Wie viele türkische Arbeitnehmer sind nach den Schätzungen der Bundesregierung seit Beginn der Rezession in ihre Heimat zurückgekehrt, und was hat die Bundesregierung unternommen, den Türken diese Rückkehr — gegebenenfalls auch eine Eingliederung in den Arbeitsprozeß — zu erleichtern?

Bonn, den 17. Februar 1978